

Allgemeinzuteilung von Frequenzen für die Nutzung für Anrufmelder und Direktruf in Bündelfunknetzen

Hiermit werden gemäß § 55 Abs. 2 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) Frequenzen für die Nutzung für Anrufmelder und Direktruf in Bündelfunknetzen zugeteilt.

Beim Direktruf handelt es sich um eine direkte Verbindung zwischen mobilen Bündelfunkendgeräten, bei Anrufmeldungen um Aussendungen von Bündelfunkendgeräten an entsprechende Empfangsgeräte.

1. Frequenznutzungsbestimmungen

a) Frequenznutzungsparameter

Mittenfrequenz in MHz	Maximale äquivalente Strahlungsleistung (ERP) in Watt	Kanalbandbreite in kHz
420,00000	1,0	12,5
419,99375	2,0	25,0

- b) Die Nutzung der o.g. Frequenzen ist nur Teilnehmern in einem Bündelfunknetz für die direkte Funkverbindung zwischen mobilen Bündelfunk-Endgeräten in diesem Bündelfunknetz gestattet. Eine Verbindung mit ortsfesten Funkstellen ist nicht zulässig.
- c) Die Frequenznutzung ist nur im Zusammenhang mit der Aussendung von Nutzsignalen gestattet.
- d) Die Nutzung der o.g. Frequenzen ist nicht an einen bestimmten technischen Standard gebunden.
- e) Die Betriebsart Direktruf darf nur mit einer maximale Sendezeit von 60 Sekunden betrieben werden.
- f) Die Sendezeit für eine Aussendung von einem Bündelfunkendgerät an einen Anrufmeldeempfänger darf maximal 1 Sekunde betragen.

2. Befristung

Diese Allgemeinzuteilung ist bis zum 31. Dezember 2025 befristet.

Hinweise:

Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Es besteht kein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen. Insbesondere sind bei gemeinschaftlicher Frequenznutzung gegenseitige Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und hinzunehmen.

Der Frequenznutzer ist für die Einhaltung der Zuteilungsbestimmungen und für die Folgen von Verstößen, z. B. Abhilfemaßnahmen und Ordnungswidrigkeiten, verantwortlich.

Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 60 Absatz 1 Satz 3 TKG).

Diese Frequenzzuteilung berührt nicht rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- oder Erlaubnisvorbehalte (z.B. baurechtlicher oder umweltrechtlicher Art).

Beim Auftreten von Störungen sowie im Rahmen technischer Überprüfungen werden für die Funkanwendung die Parameter der jeweils gültigen europäisch harmonisierten Normen zugrunde gelegt. Hinweise zu Messvorschriften und Testmethoden, die zur Überprüfung der oben genannten Parameter beachtet werden müssen, sind ebenfalls diesen Normen zu entnehmen.

Der Bundesnetzagentur sind gemäß § 64 TKG auf Anfrage alle zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erforderlichen Auskünfte über das Funknetz, die Funkanlagen und den Funkbetrieb, insbesondere Ablauf und Umfang des Funkverkehrs, zu erteilen. Erforderliche Unterlagen sind bereitzustellen.